

Kleine Anfrage 832

des Abgeordneten Christoph Schulze
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

KITA IX - Verständnis Wortlaut und Umsetzung des Kita-Gesetzes in Brandenburg - III

Das SGB VIII spricht unter anderem im § 24, Absatz 3 davon, dass die Träger der Öffentlichen Jugendhilfe darauf hinzuwirken haben, dass für die Altersgruppe der Drei- bis Sechsjährigen ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagsplätzen zur Verfügung steht. Daraus ergibt sich die Frage, was bedeutet der Begriff „bedarfsgerechtes Angebot“? Und es ergibt sich daraus ebenfalls die Frage, ob ein bedarfsgerechtes Angebot sichergestellt ist, wenn alle Kitas einer Gemeinde nach ausschließlich einem Konzept arbeiten und es keine Pluralität in den verschiedenen Konzepten gibt, d.h. in allen Kitas einer Gemeinde quasi unter dem Monopol der Gemeinde, die 90 % aller Kitaplätze über ihre eigenen Einrichtungen stellt, lediglich ein einziges Konzept verfolgt wird. Daraus ergibt sich die Frage, ob dieses Monopol und dieses Ausnutzen des Monopols mit einer „Einheitskonzeption“ als bedarfsgerecht angesehen werden kann oder ob der Gesetzgeber in der Frage der Pluralität, Trägervielfalt und des bedarfsgerechten Angebotes etwas anderes im Auge hat.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

- 1) Wie ist der § 24, Absatz 3, Satz 2: *„Die Träger der Öffentlichen Jugendhilfe haben darauf hinzuwirken, dass ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagsplätzen zur Verfügung steht“* zu interpretieren?
- 2) Umfasst die Interpretation dieses Gesetzestextes auch die Tatsache, dass es verschiedene Angebote geben muss, damit Eltern entsprechend ihrer Neigung und den Wünschen ihrer Kinder auswählen können?
- 3) Implementiert dieser Gesetzestext auch, dass es bei Ganztagsplätzen auch ein Minimum an Tagespflegepersonen im Sinne von Tagesmüttern geben und vorgehalten werden muss, damit Eltern, die von dieser Konzeption, die ja in

zentralen Punkten vom Kita-Konzept abweicht, nämlich dem eher familiären Charakter, Gebrauch machen wollen, vorhanden sein muss?

- 4) Schließt die Formulierung des bedarfsgerechten Angebotes im § 24, Absatz 3, Satz 2, SGB VIII ein, dass es eine Vielzahl an pädagogischen Konzepten geben muss? Wenn ja, wo ist dies definiert?
- 5) Haben Eltern ein Recht, auch ein einklagbares Recht, auf eine pädagogische Vielfalt oder müssen sich Eltern mit einem „Einheitskonzeption“ einer Gemeindekonzeption abfinden?